



Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

27. Sitzung (öffentlich)

8. Juni 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 14:35 Uhr

Vorsitz: Stefan Kämmerling (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

11

Der Ausschuss kommt überein, die bisherigen Tagesordnungspunkte 2 „Keine Kürzungen bei der Sozialen Wohnraumförderung: NRW braucht mehr mietpreisgebundenen Wohnungsbau und nicht weniger“ und 21 „Förderrichtlinien für die Soziale Wohnraumförderung 2018 – 2022 sowie die Mietstufen in Nordrhein-Westfalen“ zusammen zu beraten und den bisherigen Tagesordnungspunkt 3 „Überschuldete Kommunen finanziell handlungsfähig machen! Die Landesregierung muss die Initiative für einen kommunalen Altschuldenfonds ergreifen!“ auf die nächste Ausschusssitzung zu verschieben.

1. Aktuelle Viertelstunde:

12

Maßnahmen der Landesregierung zur Unterstützung der vom Unwetter am 29.05.2018 betroffenen nordrhein-westfälischen Kommunen (s. Anlage)

2. Wirksamkeit der Mietpreisbremse erhöhen – Kein Kahlschlag beim Schutz von Mieterinnen und Mietern 22

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1118

Ausschussprotokoll 17/187

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/1118 wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

3. Keine Kürzungen bei der Sozialen Wohnraumförderung: NRW braucht mehr mietpreisgebundenen Wohnungsbau und nicht weniger 27

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1438

Ausschussprotokoll 17/221

in Verbindung mit

Förderrichtlinien für die Soziale Wohnraumförderung 2018 – 2022 sowie die Mietstufen in Nordrhein-Westfalen

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/727

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 17/1438 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

4. Selbstbestimmtes Wohnen für Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf in NRW weiter ausbauen 35

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1279

Ausschussprotokoll 17/230

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/1279 abzulehnen.

5. Gesetz zur Neuregelung der Dauer der Bildungsgänge im Gymnasium (13. Schulrechtsänderungsgesetz) 37

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/2115

in Verbindung mit

Abitur nach 9 Jahren – (Oberstufen-)Reform richtig angehen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1818

Ausschussprotokoll 17/263
Ausschussprotokoll 17/264

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und AfD, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/2115 anzunehmen.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der AfD-Fraktion, den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 17/1818 abzulehnen.

6. Landesregierung ebnet den Weg ins Fahrverbot 43

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1439

in Verbindung mit

**Ergebnisse des Diesel-Gipfels greifen zu kurz – Wirksame
Sofortmaßnahmen zur Luftreinhaltung umsetzen**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1669

Ausschussprotokoll 17/235

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt zu verschieben.

**7. Entwurf einer Verordnung zur Änderung der DIBt-Übertragungs-
verordnung (Verordnung zur Übertragung von Befugnissen auf das
Deutsche Institut für Bautechnik) 45**

Vorlage 17/748

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**8. Gesetz zur Modernisierung des Bauordnungsrechts in Nordrhein-
Westfalen – Baurechtsmodernisierungsgesetz (BauModG) 46**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/2166

Ausschussprotokoll 17/272

Der Ausschuss kommt überein, zunächst den bisherigen Tagesordnungspunkt 19 „Gesetz zur Änderung des E-Government-Gesetzes Nordrhein-Westfalen“ zu beraten.

9. Gesetz zur Änderung des E-Government-Gesetzes Nordrhein-Westfalen 51

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/2575

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU
und der Fraktion der FDP
Drucksache 17/2773

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/2773 anzunehmen.

Sodann empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den so geänderten Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/2575 anzunehmen.

10. Engpässe beseitigen – Land muss Kommunen mehr Zeit zur Umsetzung des Programms „Gute Schule 2020“ einräumen 53

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/2163

Der Ausschuss kommt überein, heute über den Antrag nicht abzustimmen.

11. Land muss Verantwortung für Geduldete übernehmen und die Kommunen dauerhaft finanziell entlasten 55

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/2550

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt zu schieben.

- 12. Deutsche Leitkultur statt Islamisierung – Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen muss ein tragfähiges Heimatkonzept als Grundlage eines kohärenten Regierungshandelns vorlegen!**

56

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/2554

Der Ausschuss lehnt den Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 17/2554 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

- 13. Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen – Änderungsgesetz BauGBAG NRW –**

59

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
und der Fraktion der FDP
Drucksache 17/2566

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, heute über den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/2566 abzustimmen.

Sodann empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/2566 anzunehmen.

14. Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und wahlrechtlicher Vorschriften (Kommunalvertretungsdemokratiegesetz) 61

Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/1447

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung des federführenden Hauptausschusses nachrichtlich zu beteiligen.

15. Chancen der Digitalisierung erkennen und nutzen 62

Antrag der Fraktion der CDU
und der Fraktion der FDP
Drucksache 17/2058

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung des federführenden Ausschusses für Digitalisierung und Innovation nachrichtlich zu beteiligen.

16. Praxiserfahrung von Feuerwehrangehörigen stärken – dezentrale Übungsgelände bereitstellen 63

Antrag
der Fraktion der CDU
und der Fraktion der FDP
Drucksache 17/2398

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung des federführenden Innenausschusses nachrichtlich zu beteiligen.

17. Sicherheit von Großveranstaltungen gewährleisten – Landesregierung muss Veranstaltungsgesetz vorlegen 64

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/2406

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung des federführenden Innenausschusses nachrichtlich zu beteiligen.

18. Konsultation der Monitoring-Stelle der UN-BRK in NRW zur Weiterentwicklung der Inklusion unmittelbar in der parlamentarischen Arbeit nutzen 65

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/2388

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung des federführenden Ausschusses für Schule und nachrichtlich zu beteiligen.

19. Landesregierung muss kurzfristig ein Konzept zur digitalen Ausstattung von Lehrerinnen und Lehrern vorlegen 66

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/2560

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sich an der Anhörung des federführenden Ausschusses für Schule und Bildung nachrichtlich und nicht pflichtig zu beteiligen.

20. Reiseland Nordrhein-Westfalen – Erfolgsgeschichte Tourismus fort-schreiben 67

Antrag
der Fraktion der CDU
und der Fraktion der FDP
Drucksache 17/2566

Der Ausschuss kommt überein, sich an dem Gespräch mit sachverständigen Gästen des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung nachrichtlich zu beteiligen.

21. Internationale Gartenausstellung 2027 in der Metropole Ruhr 68

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/729

22. Ist Bürgerbeteiligung für die Landesregierung ein nachrangiges Thema? 80

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/855

* * *

13. Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen – Änderungsgesetz BauGBAG NRW –

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
und der Fraktion der FDP
Drucksache 17/2566

Fabian Schrumpf (CDU) führt aus, es gehe darum, die Regelung, von der der nordrhein-westfälische Gesetzgeber seit vielen Jahren Gebrauch mache, nicht nur zu verlängern, sondern die Befristung abzuschaffen.

Man wolle aufgegebenen privilegierten Vorhaben insbesondere der Landwirtschaft nicht dem Verfall preisgegeben, sondern die Bausubstanz erhalten und die Umnutzung vereinfachen. Dies stärke auch die Qualität in ländlichen Räumen.

Zwar habe Johannes Rimmel Bedenken, aber sämtliche Untersuchungen zeigten, dass Sorgen in Bezug auf Zersiedelung usw. unbegründet seien, sodass man keine Notwendigkeit sehe, noch einmal zu evaluieren und die Befristung aufrechtzuerhalten.

Johannes Rimmel (GRÜNE) erinnert daran, die Ministerin habe im Rahmen der Plenardebatte einen Erfahrungs- bzw. Evaluierungsbericht zugesagt, der bis heute nicht vorliege, sodass er darum bitte, den Tagesordnungspunkt zu schieben, um auf den Bericht zu warten. Insofern möchte er wissen, wann mit diesem Bericht zu rechnen sei.

Sven Wolf (SPD) hält Fabian Schrumpf entgegen, der Streit um dieses Thema zu Beginn des neuen Jahrtausends habe sich deutlich gelegt. Die letzte von Rot-Grün eingebrachte Verlängerung der Frist sei einstimmig vom Plenum beschlossen worden. Die Möglichkeit sei von der rot-grünen Bundesregierung im Baugesetzbuch eingeführt worden.

Viele Kolleginnen und Kollegen aus dem ländlichen Raum hätten ihm bestätigt, es handele sich nur wenige Fälle, die nicht zu einer Zersiedelung führten, wohl aber zu einer sinnvollen Nachnutzung landwirtschaftlicher Betriebe, auch wenn sie länger als sieben Jahre stillliegen würden.

Trotzdem möge man die Problematik nicht aus dem Auge verlieren. Insofern wünsche er sich einen regelmäßigen Bericht der Landesregierung alle zwei oder drei Jahren, um wie viele Fälle es gehe, damit man es nicht vergesse, denn eine solche Wiederholungsmöglichkeit durch die Befristung entfele ja für die Zukunft.

StS Dr. Jan Heinisch (MHKBG) antwortet Johannes Rimmel, er habe keine Kenntnis darüber, wann und wo die Ministerin einen solchen Bericht zugesagt habe. Ein solcher Bericht sei jedenfalls noch nicht erstellt. Dabei werde es sich auch um eine recht komplexe Aufgabe handeln, weshalb er ihn ungern mit dem Fortgang des Gesetzgebungsverfahrens verknüpfen wolle.

Denn man habe es mit einer generellen Regelung im Sinne eines Ausführungsgesetzes für das gesamte Land zu tun. Genehmigungsbehörden vor Ort seien aber die Bauaufsichtsbehörden. Allein die Erfahrungsauswertung müsse daher sehr intensiv sein, denn das Ministerium bekomme die unproblematischen Fälle nicht zu Gesicht.

Johannes Remmel (GRÜNE) wiederholt seine Ausführungen im Plenum, er unterstütze die Privilegierung der Landwirtschaft, die allerdings in ständiger Diskussion stehe. Komme es nun zu einer dauerhaften Privilegierung einer nicht landwirtschaftlichen Nutzung, könnte das Privileg insgesamt wieder in die Diskussion geraten, was er vermeiden wolle.

Schon bei der letzten Novellierung sei deshalb darauf hingewiesen worden, es solle eine Evaluierung erfolgen. Diese habe die Ministerin im Plenum zugesagt, und zwar vor Verabschiedung des Gesetzes. Wenn ein Mitglied der Landesregierung dem Parlament etwas zusage, müsse dies auch erfüllt werden.

Er zeigt sich einverstanden damit, die Privilegierung um weitere sieben Jahre zu verlängern, denn in diesem Fall könne der Bericht entfallen, aber eine Entfristung ohne einen solchen Bericht hielte er für zu wenig.

Fabian Schrumpf (CDU) spricht sich wie der Staatssekretär dafür aus, das Gesetzgebungsverfahren nicht anzuhalten, sondern heute abzustimmen und die Landesregierung zu bitten, in zwei Jahren über die Entwicklungen zu berichten. Sollten sich wider Erwarten Bedenken realisieren, bestünde so immer noch eine Reaktionsmöglichkeit.

Vorsitzender Stefan Kämmerling fasst zusammen, er werde nun zunächst darüber abstimmen lassen, ob abgestimmt werden solle.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, heute über den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/2566 abzustimmen.

Sodann empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/2566 anzunehmen.

Johannes Remmel (GRÜNE) erläutert sein Abstimmungsverhalten, er erwarte, dass der zugesagte Bericht vor der Abstimmung im Plenum dem Parlament übermittelt werde.